

Reformen durch Islamismus

Volker Perthes, Direktor der Denkfabrik SWP in Berlin, über den Krisenherd Nahost, den wahren Kulturkampf und die richtige Antwort des Westens auf den Unfrieden.

Die Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten sind in Bewegung geraten – geopolitisch genauso wie ideologisch oder politisch. So wurde mit der amerikanischen Irak-Invasion erstmals seit der Unabhängigkeitsperiode ein arabischer Staat von einem außerregionalen Akteur okkupiert. Die USA sind zu einer Regionalmacht am Golf geworden, die gleichzeitig die Grenzen ihrer Macht erlebt. Israel hat mit dem Abzug aus dem Gazastreifen Grenzen neu definiert, die zwar nicht anerkannt, aber faktisch seit fast 40 Jahren existierten. Syrien wurde aus dem Libanon gedrängt, das es fast drei Jahrzehnte lang dominierte. Der alte arabische Nationalismus ist schwer getroffen, wovon verschiedene Spielarten des Islamismus profitieren: Iran ist, neben Israel, einer der Hauptgewinner des amerikanisch beförderten Sturzes von Saddam Hussein. Konservativ-islamische Parteien erzielen Wahlerfolge, wo immer in der arabischen Welt einigermaßen frei gewählt wird.

Interessenlage. Für Deutschland sind zwei Baustellen in der Region von besonderer Bedeutung: der israelisch-palästinensische Konflikt und der internationale Atomstreit mit Iran. Tatsächlich haben die palästinensischen Wahlen die „Macht der Demokratie“ gezeigt, wie US-Präsident George Bush sagt. Nur stimmen Palästinenser, Iraker, Ägypter oder Saudis, wenn sie denn um ihre Stimme gefragt werden, nicht immer so ab, wie westliche Politiker, die der Demokratie im Orient zum Durchbruch verhelfen wollen, dies wünschen.

Der überwältigende Wahlsieg der islamistischen Hamas in den palästinensischen Gebieten hat weniger die politische Landschaft verändert als Breitenstimmungen deutlich gemacht, die Beobachter bis zum Konflikt über die Mohammed-Karikaturen und zu den Ausschreitungen gegen europäische Vertretungen in Syrien, Libanon und den palästinensischen Gebieten oft unterschätzten: eine Mischung aus Frustration angesichts der Ineffektivität, Arroganz und Gier der herrschenden Eliten sowie der mageren wirtschaftlichen und sozialen Chancen vor allem der Jugend, aus echter Zustimmung zu konservativ islamischen Werten, die ein Element von Sicherheit in einer unsicheren Welt versprechen, und aus einer überwiegend misstrauischen oder ablehnenden Haltung gegenüber dem Westen.

Dies ist, wohlgermerkt, keine Ablehnung westlicher Werte. Menschenrechte, gute Regierungsführung oder Demokratie stehen hoch im Kurs. Sie finden sich schon deshalb prominent in den Programmen islamistischer Parteien. In Palästina kommt dazu große Skepsis gegenüber einem Friedensprozess, von dem man nichts sieht, aber keine Ablehnung einer friedlichen Regelung: Viele Palästinenser, die Hamas gewählt haben, sprechen sich gleichzeitig für ein Nebeneinander Israels und Palästinas aus. Wie übrigens viele Israelis, die im März auch ohne Ariel Sharon dessen Partei und dessen Projekt einseitiger Grenzziehung wählen werden.

Koexistenz. Der Hamas-Wahlsieg macht Friedensverhandlungen auf absehbare Zeit unwahrscheinlich, muss aber keine neue Konfrontation bedeuten, so es den künftig regierenden Islamisten gelingt, Anschläge auf Israel zu verhindern. Für Hamas ist Gewalt ein disponibles Mittel – so wie für die PLO oder andere militant-nationalistische Bewegungen, die irische Sinn Fein/IRA etwa, die sich irgendwann für politische Wege entschieden haben. Hamas wird Gewalt vermutlich bannen, bevor sie einen Gewaltverzicht erklärt. Ein bilateraler Friedensprozess findet derzeit ohnehin nicht statt. Beide

Seiten haben zuletzt eine Reihe unilateraler Schritte unternommen, von denen einige, etwa der Gaza-Abzug, potenziell friedensfördernd sind. Das Argument, dass die jeweils andere Seite nur durch Gewalt konzessionsbereit werde, haben aber weder Israelis noch Palästinenser ausgeräumt. Ein langer Waffenstillstand – Israelis reden lieber von einem langen Interimszustand – wäre auf beiden Seiten populär und kann den Bürokratien erlauben, bei Alltagsfragen wie Elektrizität und Warenverkehr konstruktiv zusammenzuarbeiten. Das Wahlergebnis bietet insofern auch Chancen: Hamas muss nun Verantwortung übernehmen, muss praktisch auch die Grundlagen – die Oslo Abkommen – anerkennen, auf die der palästinensische Quasi-Staat sich gründet. Zudem wird Hamas von den Wählern von nun ab an den Leistungen ihrer Regierung gemessen werden.

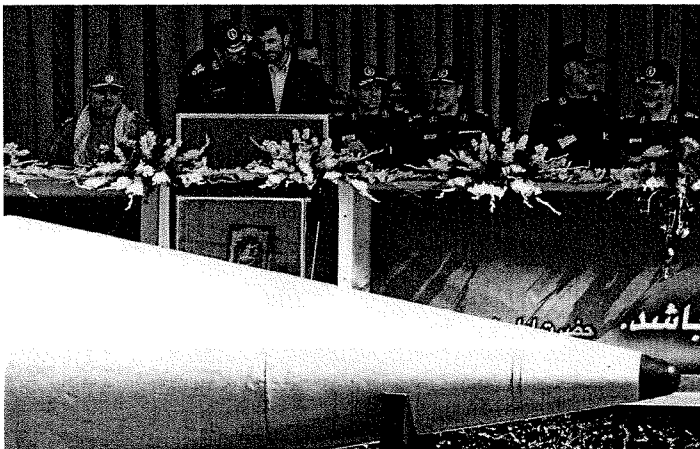
Dass Islam und Demokratie nicht vereinbar seien, wird man vom Mainstream-Islamisten – wie sie Hamas, die ägyptischen Muslimbrüder oder die schiitische Allianz im Irak repräsentieren – jedenfalls nicht mehr hören. Djihadistische Kräfte wie Al-Kaida dagegen, die den arabischen



PROFIL

► **Volker Perthes.** Der 47-jährige Nahostexperte leitet seit Herbst 2005 die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

► **Autor.** Ende Februar erscheint sein neues Buch „Orientalische Promenaden: Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch“.



Radikale Wahlsieger in Palästina, Parade im Iran. Europas Hinterhof steckt in einem revolutionären Umbruch. Der Westen kann helfen – mit Integration statt Konfrontation.

Regimen und den westlichen Demokratien gleichermaßen den Krieg erklärt haben, werden durch die Erfolge islamistischer Parteien, die sich auf demokratische Wahlen und Verfahren einlassen, eher geschwächt. Der wahre Kulturkampf in Arabien dürfte auf Jahre hinaus nicht zwischen Islamisten und Liberalen, sondern zwischen nihilistischen Djihadisten vom Schlage Al Kaidas und Reformern ausgetragen werden, die überwiegend konservativ-islamistische und nur zum Teil liberalere Vorstellungen haben. Die Glaubwürdigkeit europäischer und amerikanischer Akteure wäre am Ende, wenn der Eindruck entstünde, dass sie Wahlergebnisse, die ihnen missfallen, nicht akzeptieren.

Regimewechsel. Natürlich könnten nahöstliche Reformer ihre Agenda leichter verfolgen, wenn sie in einer stabilen regionalen Umgebung agierten. Nicht nur die jüngsten Massenproteste zeigen, dass dies nicht der Fall ist. So erlebt Syrien das schleichende Ende eines autoritären Regimes, das zwar einen Generationswechsel, aber keinen politischen Wandel zu Stande gebracht hat und allmählich die Kontrolle verliert – nicht nur über aufgebrauchte Demonstranten. Seine Ablösung dürfte eher palästinensische Mehrheitsverhältnisse als eine prowestliche Regierung herbeibringen. Im Irak sind die USA in einem auch für Europa gefährlichen Dilemma gefangen: Solange sie faktisch Besatzungsmacht bleiben, werden Aufstand und Terror anhalten. Ein rascher Abzug der ameri-

kanischen Truppen dürfte zum offenen Bürgerkrieg führen, der wohl eine Loslösung Irakis-Kurdistan vom Rest des Landes zur Folge hätte. Die Reaktion der Nachbarländer, vor allem der Türkei und Irans, auf eine Spaltung des Irak ist unkalkulierbar – und schon deshalb gefährlich.

In der Krise um das Atomprogramm des Iran haben sich die Positionen verhärtet. Die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats markiert den Übergang zu einer robusteren Diplomatie – nicht deren Ende. Die Krise wird sich mittelfristig wohl nur durch ein Bündel von Maßnahmen eindämmen lassen. Dazu gehört zunächst der russische Vorschlag, die Anreicherung von Uran für iranische Kraftwerke unter iranischer Beteiligung in Russland vorzunehmen. Dazu gehört diplomatischer Druck, und dazu müssen des weiteren ernsthafte Bemühungen um ein regionales Sicherheitsarrangement am Golf kommen, das auch ein Verbot von Massenvernichtungswaffen einschließen und auch Iran die Furcht vor einem von außen herbeigeführten Regimewechsel nimmt.

Integration. Europa kann Iran darüber hinaus eine strategische Partnerschaft in Aussicht stellen, zu der Hilfe beim Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO und eine letztlich den europäischen Eigeninteressen entsprechende energie-strategische Anbindung in Form einer euro-iranischen Gas-pipeline gehören sollten. Das verlangt, über Irans Präsident Mahmud Ahmadinejad hinaus zu denken, der persönlich mit seinen antisemitischen Tiraden kein Partner Europas sein kann. Insgesamt birgt eine Integration Irans jedenfalls größere Chancen für politische Veränderungen von innen als ein Zustand der Konfrontation: Für die Anhänger Ahmadinejads ist eine Isolierung des Landes erträglich, für eine am Austausch mit der Welt interessierte Zivilgesellschaft nicht.

Ein solches realpolitisch konstruktives Vorgehen verlangt umsichtiges Verhalten der Entscheidungsträger in

„Der wahre Kulturkampf in Arabien dürfte zwischen nihilistischen Djihadisten und konservativ-islamistischen Reformern stattfinden.“

Europa, in den USA und im Iran selbst. Erfolg ist deshalb immer nur eine Möglichkeit. Amerikanische Denkfabriken antizipieren als wahrscheinlichstes Szenario mittlerweile eines, bei dem weder Diplomatie noch militärische Drohungen gefruchtet haben und Iran alle notwendigen Fähigkeiten weiterentwickelt, um im Zweifelsfall in kürzester Zeit „die Bombe“ bauen zu können. Dies würde nicht notwendig einen heißen, sondern eher einen regionalen kalten Krieg mit sich bringen: Die USA würden auf die Eindämmung Irans, andere regionale Staaten auf eigene Abschreckung setzen. Die Ölpreise würden weiter steigen, die Ölexporterlöse aber kaum der sozialen Entwicklung, sondern eher der Stabilisierung autoritärer Regime zugute kommen. Irgendwann wird man auch diesem Szenario gemäß über gemeinsame Interessen und regionale Sicherheit sprechen müssen. Unter ungleich schwierigeren Bedingungen allerdings als denen, die wir heute – noch – haben. □